

# blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

## Mehr Krach, mehr Dreck, weniger Wald

Viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt wissen noch nicht ganz genau, was auf dem Flughafen demnächst alles ausgebaut werden soll.

- Man plant ein weiteres Terminal, ausgerichtet für 51,6 Mio Passagiere, mit 75 Abstellpositionen (das sind so viele wie Terminal 1+2 zusammen).
- Die Triebwerkswartungen und Probeläufe werden zunehmen und auch nachts weiterhin im Freien stattfinden. Ein Triebwerksprüfstand der DLH wird vom Norden nach Süden verlagert - von hier aus geht der Krach direkt nach Walldorf.
- Südlich der Rollbahn S wird eine neue Parallelrollbahn angelegt.
- Unweit der neue CCT-Halle im Süden wird ein Hubschrauberlandeplatz eingerichtet, dessen Anflug und Abflugkorridor vor allem Walldorf zusätzlichen Krach bringt.
- Westlich der A 380-Werftanlage im Süden entsteht ein Abstellplatz für Klein- und Propellerflugzeuge.
- Die Okrifteiler Straße wird ein zweites Mal noch weiter in den Wald verlegt.
- Die Autobahn A 5 erhält südlich der bestehenden Anschlußstelle Zeppelinheim eine weitere Auf- und Abfahrt zum Terminal 3.
- Die A 5 wird zwischen Frankfurter Kreuz und Zeppelinheim in Richtung Süden um eine Fahrspur, ab dem Badensee Walldorf Richtung Norden um zwei Fahrspuren erweitert.

Insgesamt gibt es eine anlagenbedingte Flächeninanspruchnahme von 757,78 ha. Von diesen 757,78 ha werden 492,97 ha voll versiegelt, befestigt oder überbaut. 186,87 ha sind bereits versiegelt (im Wesentlichen das Airbase-Gelände), also werden 306,10 neu versiegelt. Zum Vergleich: Die bebaute Ortslage der beiden Stadtteile Mörfelden und

Walldorf beträgt 582 ha nach dem Flächennutzungsplan. Das Baugebiet Passage umfasst rd. 17 ha, allein die Nordwestbahn (inkl. Sicherheitsflächen rd. 300 ha) also 18 x mal das Baugebiet Passage Lange Äcker.

### Jeder sollte wissen:

Es gibt nach den Ausbau deutlich mehr Starts auf der Startbahn West und mehr Krach in Mörfelden.

In Walldorf wird der Lärmteppich durch den Ausbau im Südbereich stark zunehmen.

Mit den heutigen Bahnen sind ca. 500.000 Flugbewegungen machbar, Fraport erwartet 2015 - in 10 Jahren - 657.000 Flugbewegungen.

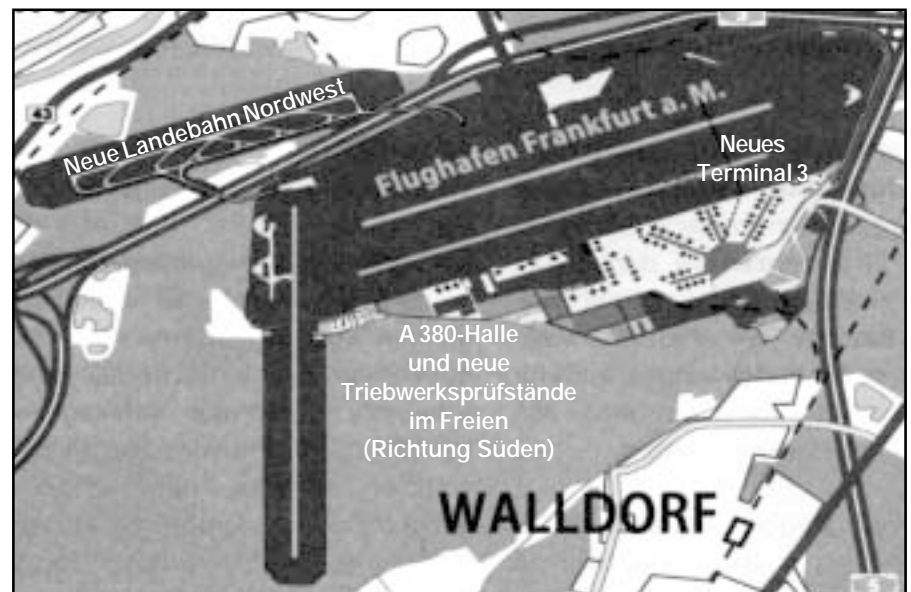
Wenn die vorgelegten Pläne ohne Festbeschreibung einer Obergrenze genehmigt werden, sind zukünftig auf den neuen Bahnsystem 900.000 Flugbewegungen möglich. Das ist die Lage.

Manche sind resigniert und sagen, „Wir können doch nichts machen!“.

Alle, die morgen noch hier leben wollen und müssen, alle, die wollen, dass ihre Kinder und Enkel hier eine Zukunft haben, sollten Stellung beziehen.

### Was können Sie jetzt tun?

- Erheben Sie Einwendungen beim Regierungspräsidium Darmstadt im jetzt laufenden Planfeststellungsverfahren. Dazu können Sie die Unterlagen verwenden, die zur Zeit flächendeckend verteilt werden. Sie können Ihre Einwendung in den Stadtbüros oder beim örtlichen BUND abgeben. Es entstehen für Sie keine Kosten.
- Wenn die Holzfäller anrücken um den Bannwald im Süden zu roden, läuten die Glocken der Kirchen in Mörfelden und Walldorf. Kommen Sie in den Wald, beteiligen Sie sich an den gewaltfreien Protesten.



Die Ausbauplanung - weit mehr als nur eine Flughafenerweiterung

## 7 Millionen

Die Arbeitslosenzahlen haben den höchsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik erreicht. 5.037 Millionen wurden „offiziell“ gemeldet. Insgesamt suchen aber bis zu sieben Millionen Menschen eine existenzsichernde Arbeit. Denn zehntausende Menschen, die ohne Job sind, werden aus der Statistik herausgerechnet. Dazu zählen die Ein-Euro-Jobber und Teilnehmer an Qualifizierungsmaßnahmen. Selbst Clement räumte ein, dass es insgesamt mehr als 6,5 Millionen Menschen gibt, „die gravierende Probleme mit dem Arbeitsmarkt haben“.

Die Arbeitslosigkeit im Bereich des Groß-Gerauer Arbeitsamtes ist ebenfalls deutlich gestiegen. Gegenüber dem Vormonat wuchs die Zahl der Arbeitslosen um 261 oder 6,4 Prozent auf nun 4317, womit sich eine Arbeitslosenquote von 7,8 Prozent ergibt. Im Dezember 2004 hatte sie noch bei 7,3 Prozent gelegen.

Nach Ansicht des Deutschen Gewerkschaftsbunds ist für die Misere auf dem Arbeitsmarkt vor allem die Wirtschaft verantwortlich. Angesichts der Rekordgewinne der Wirtschaft sei der erneute Anstieg der Arbeitslosenzahlen ein unerträglicher Zustand. An den fünf Millionen „offiziellen“ Arbeitslosen sei nicht der Kündigungsschutz schuld, sondern die wachsende Zahl an Unternehmen, die ihre Milliardengewinne nicht investierten.

Dieter Hundt, Präsident der Arbeitgeber forderte weitere Einschnitte bei den Beschäftigten und bei der Arbeitsmarktpolitik und schon verspricht Clement die Fortführung der „Reformen“ „mit aller Konsequenz“. Die Richtung geben also Hundt und seine Mannschaft vor: Neue einschneidende Leistungskürzungen bei steigender finanzieller Eigenbeteiligung des Einzelnen und weiterer Entlastung der Unternehmer von Sozialbeiträgen sowie die Anhebung des Renteneintrittsalters. Es wird immer deutlicher: die deutsche „Unternehmerelite“ ist keine Elite sondern eine Versammlung verantwortungsloser Profitgeier. Immer wieder erleben wir ihre eiskalten Drohungen, entweder Sozialabbau oder wir gehen ins Ausland. Dabei sind dann oft Firmen die vorher Millionen Subventionen eingesteckt haben.

Und die Politik? Es ist eigentlich ziemlich gleich, wer gerade regiert. Die Macht haben die Banken und Großkonzerne. Nur wer bereit ist, deren Macht zurückzudrängen, kann letztlich etwas ändern.

## Nein zu Bushs neuen Kriegsplänen

Die Drohungen von Bush und Rice, Militäraktionen gegen den Iran nicht auszuschließen, sind ernst zu nehmen. Die USA sind derzeit der größte weltweite Unsicherheitsfaktor einer stabilen Außenpolitik.

Vieles erinnert an den Aufbau der Militärkulissee zum Irak-Krieg: Der Iran wird zum Schurkenstaat und faktisch für vogelfrei erklärt. Er wird ausspioniert und Angriffsziele werden bestimmt. Es werden Lügen in die Welt gesetzt und diplomatische Verhandlungen so geführt, dass sie scheitern müssen.

Ein neuer Krieg gegen den Iran bedeutet zugleich auch offener Bürgerkrieg wie im Irak und eine Explosion der Lage im Nahen Osten. Entschließen sich die USA zum militärischen Einsatz, wird Israel nicht passiv bleiben. Die deutsche Bundesregierung und die Europäische Union müssen jetzt eindeutig und öffentlich gegen die Kriegspläne von Präsident Bush eine Gegenposition aufbauen. Diplomatische Verhandlungen mit dem Iran zum Atomprogramm sind nötig. Sie würden leichter fallen, wenn der Iran nicht zugleich mit Krieg bedroht wird.

Am 22. Februar kommt George W. Bush nach Europa und am 23. Februar nach Mainz. Es wird Proteste geben. Sie sind berechtigt.

### **Demonstration und Kundgebung Not welcome Mr. Bush!**

**Für eine friedliche und soziale Welt!**

**Dienstag, 22. Februar 2005  
in Frankfurt a.M.**

Auftaktkundgebung  
18 Uhr an der Hauptwache

Demonstration zum  
amerikanischen Generalkonsulat

**Zentrale Demonstration  
und Kundgebung in Mainz  
Mittwoch, 23. Februar 2005**

5 vor 12 Uhr in der  
Mainzer Innenstadt  
14 Uhr Zwischenkundgebung  
am Hauptbahnhof  
15.30 Uhr

Abschlusskundgebung  
am Marktplatz

Aktuelle Infos unter:  
[www.notwelcomebush.de](http://www.notwelcomebush.de)

## Gaspreise lösen Protestwelle aus

Zahlreiche Gasunternehmen haben in den vergangenen Monaten massive Preiserhöhungen durchgesetzt.

Immer mehr Verbraucher wehren sich dagegen.

Zwischen drei und 12,5 Prozent haben z.B. die Energieversorger in NRW die Gaspreise erhöht.

Die Gaspreise für Privathaushalte unterscheiden sich regional um bis zu 30 Prozent. Der Unterschied zwischen Oldenburg und Saarbrücken beträgt für einen Haushalt fast 300 Euro im Jahr. Die extremen Preisunterschiede für ein und dieselbe Energiemenge belegen nach Ansicht des Bundes der Energieverbraucher, „dass mit den Gaspreisen etwas nicht stimmt“. Gaspreiserhöhungen von mehr als zwei Prozent seien nicht zu begründen und sollten von den Haushaltskunden auch nicht bezahlt werden.

Wissen muß man: Mit 15,2 Milliarden Euro wollen die 30 Unternehmen im Deutschen Aktienindex in diesem Jahr fast soviel Dividende ausschütten wie im Rekordjahr 2000, berichtete das Handelsblatt Ende November. Den Spitzenreiter bei den Unternehmensgewinnen machte mit 3,9 Mrd. Euro in den ersten neun Monaten 2004 die E.ON AG!

Die „großen“ Parteien kümmern sich wenig um diese Preiserhöhungen. Dafür gibt es viele Gründe. Ein Grund: Politiker sitzen in Aufsichtsräten von E.ON und anderen Unternehmen.

Wie man sich gegen den Preiswucher wehren kann erfährt man u.a. im Internet. Musterbriefe, Flugblätter und wichtige Infos für den Protest gegen unangemessene Erhöhungen der Gas- aber auch der Strompreise findet man unter:

[www.gaspreise-runter-owl.de](http://www.gaspreise-runter-owl.de)  
[www.gaspreise-runter.de](http://www.gaspreise-runter.de)  
[www.energieverbraucher.de](http://www.energieverbraucher.de)

# Gemeinsam gegen den Flughafenausbau

## Fraport bietet 50 Millionen Euro

Der Frankfurter Flughafenbetreiber Fraport will mit 50 Millionen Wohnhäuser und Wohnungen aufkaufen oder Ausgleich für Lärmbelastigungen zahlen, wenn die Immobilien in der Einflugschneise der umstrittenen Bahn liegen.

Im Gegenzug müssten die Anwohner dann auf gerichtliche Schritte gegen den bereits jetzt unter Zeitdruck stehenden Ausbau verzichten.

Dieses Programm „Fraport Casa“ sei ein freiwilliges Angebot hieß es.

Für den Flughafenausbau hat die Fraport AG knapp 3,5 Milliarden Euro veranschlagt, davon allein für die Landebahn 750 Millionen Euro.

In der Einflugschneise mit Flughöhen unter 350 Metern liegen nach Fraport-Berechnungen rund 1200 Wohnimmobilien in den Orten Flörsheim, Raunheim und in einem kleinen Teilbereich von Kelsterbach.

Man sieht, die ausbausüchtige Fraport-Spitze läßt sich etwas einfallen, um ihre Wahnsinnsausbau-Ideen durchzusetzen. Wer reich ist, der ist einflußreich und Geld spielt zur Zeit offenbar keine Rolle. Nur, mit guter Nachbarschaft hat dies alles nichts zu tun.



**Auf gute Nachbarschaft!**  
Mit Fraport CASA kaufen wir ein freiwilliges Ankaufprogramm.

*„Was auch immer geschieht, nie dürft ihr so tief sinken, von dem Kakao, durch den man euch zieht, auch noch zu trinken!“* Erich Kästner

## Kaufrausch

Momentan befindet sich die Fraport AG in einem Kaufrausch, um einige schwerwiegende Hindernisse auf dem Wege zur ungehemmten Zerstörung der Region zu beseitigen. Caltex, RWE, Aventis-Gelände, Immobilien-Aufkauf, jeden Tag eine neue Meldung.

Gleichzeitig läuft das radikale „Kostensenkungsprogramm“.

Fraport will mit dem Ausbau einen Quantensprung bei den Passagierkapazitäten erreichen.

Sollte der Ausbau kommen, wird es für die Menschen rund um den Flughafen allerdings auch zu einem Quantensprung kommen. Mehr Lärm und mehr Schadstoffe werden vom „guten Nachbarn“ schon kommen.

## Fraport will beim Personal 90 Millionen Euro sparen

Die sogenannte „Jobmaschine“ Fraport will die jährlichen Personalkosten um 90 Millionen Euro senken.

Der zweitgrößte europäische Flughafenbetreiber mit gut 23.000 Beschäftigten hatte bereits im November zusätzliche Kostensenkungen beim Personal angekündigt. Unter anderem hat die Deutsche Lufthansa als mit Abstand größte Fluggesellschaft in Frankfurt von Fraport gefordert, die Gebühren für die umfangreichen Dienstleistungen bei der Landung und Abfertigung von Flugzeugen zu senken.

Die Gewerkschaft Verdi kündigte Widerstand gegen die Sparpläne an. In den Verhandlungen mit dem Unternehmen mussten alle Investitionspläne des Flughafenbetreibers auf den Prüfstand. Auch die Größe des Vorstandes, Prestigeprojekte und die Dividendenpolitik mussten vor Kürzungen bei den Beschäftigten zur Diskussion gestellt werden. Fraport hatte angesichts der guten wirtschaftlichen Entwicklung im vorigen Jahr eine deutlich höhere Dividende für die Aktionäre in Aussicht gestellt.

## Noch nicht einmal die Mediationsnacht?

Die sogenannte „Mediationsnacht“ von 23 bis 5 Uhr hält die Stadt Mörfelden-Walldorf nicht ausreichend für eine erholsame Nachtruhe. Vor allem dann, wenn immer mehr Flugzeuge am Himmel auftauchen. Mörfelden-Walldorf fordert das Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr.

Andere wollen aber noch nicht einmal die „Mediationsnacht“.

„Ich denke, dass 20 bis 30 Fluggesellschaften innerhalb der bis zum 2. März laufenden Frist Einwendungen beim Regierungspräsidium Darmstadt machen werden“, sagte BARIG-Generalsekretär Martin Gaebges. Der Verband schlage eine flexiblere Regelung mit begründeten Ausnahmen vor.

## Ohne Einspruch kein Anspruch!

Kein Bürger kann 60 Ordner mit etwa 17.000 Seiten Text, mehr als 300 Plänen und Gutachten durcharbeiten. Was Wesentliches in diesen Akten steht und was Sie jetzt unbedingt tun müssen und wie Sie dabei unterstützt werden, erfahren Sie bei der Bürgerinitiative und beim BUND. In unserer Stadt wurden Informationen zum Thema in die Briefkästen verteilt, es fand eine Bürgerversammlung statt.

Nur bis zum 2. März 2005 haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit Einwendungen gegen die Ausbauvorhaben zu erheben. Nur wer innerhalb dieser Frist Einwendungen beim Regierungspräsidium in Darmstadt erhebt, hat später die Möglichkeit, Gesundheitsschutz oder Schadenersatz für die Entwertung seiner Immobilie einzufordern. Falls Sie sich eine eigene Einwendung nicht zutrauen, erhalten Sie von [www.profutur.net](http://www.profutur.net) einen Ihre persönlichen Umstände darstellenden Brief per E-Mail. Den können Sie so übernehmen, oder als Vorlage für eine persönlich formulierte Einwendung nutzen.



## Professor Rainer Roth im Kulturbahnhof

Es gibt nicht mehr viele Professoren, die sich für die Sache der Lohnarbeitenden einsetzen. Und über Arbeitslosigkeit wird an den Hochschulen so gut wie gar nicht mehr ge-



sprochen. Mit einer Ausnahme: Wenn der Schwerpunkt auf dem Thema „Arbeitslose als Problem für Wirtschaftsgewinne und Staatsfinanzen“ liegt, sitzen sie plötzlich alle in den TV-Sabbelshows und – naja sabbeln rum.

Einer der sich nicht mit Hundt, Clement und Konsorten in so einen Sabbelkreis setzen mag ist Rainer Roth. Der Professor für Sozialwissenschaften an der Frankfurter Fachhochschule besuchte den Kulturbahnhof und sprach lieber zu und mit den Betroffenen und Erschütterten, als in einem Fernseh-Studio über sie herzuziehen. Und so begrüßte er auch die zahlreichen Zuhörer im KuBa mit der Ankündigung, er wolle vor allem einen rationalen Blick auf das Thema ermöglichen. „Angst und Hoffnung verstellen bei den Arbeitslosen und auch bei vielen Beschäftigten den rationalen Blick auf das Thema.“ Anders könne er sich zumindest nicht erklären, dass so viele Menschen es widerspruchslos hinnehmen, wenn ihnen vom Kapital der Schwarze Peter für die hohe Arbeitslosigkeit zugeschoben werde. Den Begriff Kapital – eigentlich auch bei Systemkritikern längst „out“ – benutzte er häufig und mit Nachdruck.

Professor Roth nahm also kein Blatt vor den Mund und verdeutlichte seinem Publikum, warum für ihn der Fehler nicht im Detail, sondern im System steckt. „Grund für die niedrige Zahl der Beschäftigten ist der technische Fortschritt, nicht der zu hohe Preis unserer Arbeitskraft“, machte er zum Beispiel klar. Der Reichtum Deutschlands sei ja nicht weniger geworden, nur weil dieselbe Arbeit jetzt von PC's und Robotern erledigt werde. „Aber genau davon will das Kapital mit aller Kraft ablenken.“ Stattdessen stehe Verzicht in großen Lettern auf den Fahnen von Arbeitgebern und sogar Gewerkschaften.

Die Lobbyisten des Kapitals in den Parteien und Wirtschaftsverbänden fänden

immer wieder neue Gründe, warum an Arbeitslosigkeit und Haushaltsminus nur die Arbeitslosen und die Arbeitnehmer Schuld sein können. „Für die ist die Problemgruppe die Bevölkerungsmehrheit“, stellte Roth fest. Solange sich diese Mehrheit nicht nach den Spielregeln des Marktes beim Run auf die wenigen Arbeitsplätze gegenseitig niedertrampeln, würden die Arbeitgeber auch nicht zu meckern aufhören. Ein Beispiel dafür, wie das Gezeter in naher Zukunft weitergehen wird, gab er gleich: „Für das Kapital ist die erneute Senkung des Sozialhilfe-Regelsatzes der logische nächste Schritt“.

Aber wo solle denn überhaupt noch verzichtet werden, fragte er rhetorisch. Der Regelsatz des Alg II liege schon jetzt unter dem Existenzminimum. Wie wenig einem Arbeitslosen heute noch zum Leben bleibt, zeigte Professor Roth gleich zu Beginn seines Vortrags. Gut vier Euro hat ein Arbeitsloser nach seinen Angaben jeden Tag für Essen zur Verfügung. Theoretisch, denn bei Telefon, Bildungsbeihilfen für Kinder und sogar Strom werde so gekürzt, dass die meisten Arbeitslosen vom Regelsatz-Geld etwas

abknapsen müssten. „Übrigens geht die Bundesregierung Suchtgefahren endlich an“, verkündete Roth zynisch, „im Regelsatz sind eine Zigarette pro Tag und überhaupt keine alkoholischen Getränke mehr enthalten“. Bei Essen und Trinken habe ein Arbeitsloser also unterm Strich deutlich weniger als selbst in der alten Sozialhilfe, schloss er seinen Rundgang durch die Posten des Alg II ab – und konnte schon wieder nicht anders, als die Entwicklung zynisch zu kommentieren: „Die Bundesregierung wünscht guten Appetit.“

**Herzlichen Dank allen,  
die dem »blickpunkt« helfen.  
Jeder Euro hilft, die  
Zeitung zu erhalten!**

**Das „blickpunkt“-  
Spenden-Konto:  
Kreissparkasse Groß-Gerau  
Konto 9003419  
BLZ 50852553**



*Um die Reste einer betonierten Rollbahn im Waldstück zwischen Walldorf und dem Frankfurter Flughafen freizulegen, befreiten mehr als 30 engagierte Bürgerinnen und Bürger Teile des Waldbodens vom Unterholz. Anschließend erfolgten an diesem Platz Radarmessungen, deren Ergebnisse veröffentlicht werden.*

*Mitten im Wald bauten hier im Herbst 1944 unter menschenunwürdigen Bedingungen ungarische Jüdinnen - Gefangene im KZ-Außenlager Walldorf - eine Betonrollbahn für Militärflugzeuge.*

*Eine der Überlebenden des Holocaust, Magda Hollander-Lafon, die mit gerade einmal 16 Jahren hier zu Bauarbeiten eingesetzt wurde, kam an den Ort, an dem sie gedemütigt und gepeinigt wurde. „Mit jedem Stein, den ich hier in die Hand nehme, kehrt ein Stück meiner Erinnerungen zurück“, sagte sie.*

## Unwort „Humankapital“

Die Jury, die das Unwort des Jahres bestimmt, hatte es in diesem Jahr nicht leicht. Denn die meist genannten Vorschläge „Hartz IV“ und „Ein-Euro-Job“, die eine Kür zum Unwort des Jahres allemal verdient hätten, erfüllten nach ihrer Meinung die rein sprachlichen Voraussetzungen nicht. Beides, Hartz IV und Ein-Euro-Jobs, seien eher Undinge als Unwörter, so der Jury-Vorsitzende Horst Dieter Schlosser.

Mit der Kür des Wortes „Humankapital“ zum Unwort des Jahres ist der Jury dennoch gelungen, die „primär ökonomische Bewertung aller denkbaren Lebensbezüge“, wie sie sich auch in der Hartz-Gesetzgebung ausdrückt, deutlich und scharf zu kritisieren. Wer Menschen einzig und allein zur ökonomisch interessanten Größe degradiert, führt die Gesellschaft ins soziale Nirwana. Unding und Unwort des Jahres 2004 stehen für eine Politik, die sich vom Sozialstaat des Grundgesetzes verabschiedet und Millionen Menschen eine menschenwürdige Teilhabe am Gemeinwesen verwehrt.



Kicken Sie noch,  
oder wetten  
Sie schon?

Wochenzeitung der DKP



Probeexemplare bei der  
„blickpunkt“-Redaktion

## Nein zu Studiengebühren

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ist das Verbot von Studiengebühren im Erststudium gefallen.

Insbesondere die unionsgeführten Länder drängen nun darauf, allgemeine Studiengebühren einzuführen. Doch das Verfassungsgericht hat zwar das Verbot aufgehoben, aber keinerlei Zwang zur Erhebung von Studiengebühren ausgesprochen. Entscheidend ist der politische Wille in den Ländern.

Klar ist, Studiengebühren lösen Probleme der Hochschulfinanzierung nicht und schrecken junge Menschen ab, ein Studium aufzunehmen, wie internationale Erfahrungen zeigen.

Die Einführung von Studiengebühren für das Erststudium vollendet die soziale Selektion im deutschen Bildungswesen. Studiengebühren verschärfen die ohnehin schon hohe soziale Auslese im deutschen Bildungssystem und sind ein weiterer Schritt zu Privatisierung des öffentlichen Gutes Bildung;

Studiengebühren machen ein Studium nun endgültig vom Geldbeutel der Eltern abhängig;

Studiengebühren machen Studierende zu reinen Kunden, was zu einer weiteren Entsolidarisierung des Studierendenverhaltens beiträgt;

Studiengebühren sind ein weiterer Schritt zu einem Studium, das nur noch nach ökonomischen Interessen organisiert wird; es bleibt kein Platz und keine Zeit mehr für gesellschaftliches und politisches Engagement.

Wer die jahrelange Unterfinanzierung der Universitäten beenden und die Studienbedingungen endlich verbessern will, sollte nicht die Studierenden und deren Eltern zur Kasse bitten, sondern mit einem gerechten Steuersystem die öffentliche Hand in die Lage versetzen, in Wissenschaft und Bildung zu investieren.



## Wettbewerb um die niedrigsten Standards oder ein neoliberaler Freilandversuch

Die Europäische Kommission hat den Entwurf einer Richtlinie für Dienstleistungen vorgelegt. Sie soll Anbietern ermöglichen, von ihrem Stammsitz aus vorübergehend und ungehindert in jedem EU-Land tätig zu werden, ohne sich dort niederlassen zu müssen.

Das damit verbundene „Herkunftslandprinzip“ hat es in sich. Wie es aussieht profitieren dann nur die Anbieter, deren Heimatstaat die niedrigsten Löhne und Schutzbestimmungen hat. Die Richtlinie wird einen Wettbewerb um die niedrigsten Löhne, Steuern sowie Sozial- und Umweltstandards auslösen. Am Ende stünde eine „Harmonisierung“ auf niedrigstem Niveau und die Beschäftigten und die Verbraucher wären die Leidtragenden.

Beispiel: Eine lettische Reinigungsfirma erhält aus Deutschland einen befristeten Auftrag. Für die in Deutschland arbeitenden Beschäftigten gälte lettisches Recht, auf deutsche Löhne und Rechte müssten sie verzichten, den Gewerkschaften vor Ort wäre verwehrt, sich um die Leute zu kümmern. Die Firma kann den deutschen Arbeits- und Umweltschutz ignorieren. Will ein deutscher Anbieter im Ausland deutsche Löhne und Standards umgehen, könnte er im „Billigland“ eine Briefkastenfirma gründen und sich von dort aus um Aufträge in anderen EU-Ländern bemühen.

ver.di-Vorsitzender Bsirske sieht in dem Entwurf einen „unkontrollierten neoliberalen Freilandversuch“.

Sagen wir es deutlicher: Nach dem vorläufigen Verschwinden alternativer Gesellschaftssysteme erleben wir einen Raubtierkapitalismus ohnegleichen. Ausbeutung pur und das weltweit. So kann und wird es nicht bleiben. Eine andere Welt ist möglich.

# INITIATIVEN DER DKP/OL-FRAKTION

## ANFRAGE

Umsetzung von „Hartz IV“ zum 1. Januar 2005

1. Wieviele Empfänger (einschließlich Familienangehörigen) von ALG II/Sozialgeld gibt es aktuell in unserer Stadt?
2. Haben alle anspruchsberechtigten Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt im Januar 2005 ihr ALG II/Sozialgeld erhalten, oder gab es Schwierigkeiten bei der Auszahlung?
3. Wie viele bis dato anspruchsberechtigte Bürgerinnen und Bürger haben keinen Antrag auf ALG II/Sozialgeld gestellt?
4. Wie viele Anträge von bis dato Anspruchsberechtigten wurden abgelehnt?
5. Wie viele der bisherigen Sozialhilfeempfänger bekommen jetzt mehr und wie viele bekommen weniger Geld ausgezahlt?
6. Wie viele der bisherigen Sozialhilfeempfänger werden seit dem 01.01.2005 als arbeitssuchend geführt?
7. In wie vielen Fällen ist die Wohnung von Antragstellern als nicht angemessen beurteilt worden?
8. Wann wird die angekündigte örtliche Anlaufstelle für die arbeitssuchenden Mörfelden-Walldorfer Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen und wo und wie wird bis dahin besser beraten, „gefördert“ und vermittelt?
9. Welche Arbeits- oder Qualifizierungsangebote stehen in unserer Stadt seit dem 1. Januar 2005 zusätzlich für arbeitslose Jugendliche zur Verfügung?
10. In welchem Umfang und in welchen Bereichen ist in unserer Stadt mit dem Angebot von „1-Euro-Jobs“ zu rechnen?
11. Sieht der Magistrat in „1-Euro-Jobs“ echte Chancen, die Vermittlung in sozialversicherte Arbeitsverhältnisse zu fördern und ist es ausgeschlossen, dass damit bestehende Arbeitsplätze gefährdet werden (z.B. im Garten- und Landschaftsbau (Grünpflege) oder bei Sozialdiensten)?

## ANFRAGE

Mehr Lkw-Verkehr auf Bundesstraßen wegen der Mautgebühr?

1. Inwieweit steht zu befürchten, dass nach Einführung der LKW-Maut auf den Autobahnen mit zusätzlichem Schwerverkehr auf den Bundesstraßen zu rechnen ist, weil Transportunternehmer die Mautgebühr sparen wollen?
2. Trifft dies auch für die Bundesstraßen zu, die durch Mörfelden-Walldorf führen?
3. Gibt es bereits dahingehende Erfahrungen bzw. Hinweise von Anwohnern der betroffenen Straßen?
4. Ist daran gedacht, diesbezüglich Untersuchungen (Zählungen oder Befragungen der Fahrer/Fahrzeughalter) vorzunehmen?

*Die DKP/OL ist bei der Wahl mit dem Anspruch angetreten Parlamentsarbeit durchschaubarer zu machen. Jede Ausgabe dieser Zeitung ist der Beweis: wir nehmen unsere Sache ernst.*

*Unsere Leserinnen und Leser können feststellen, im „blickpunkt“ gibt es die großen politischen Themen, aber auch die Berichte über viele örtliche Ereignisse. Im Grunde sind es die vielen kleinen Initiativen die unsere Parlamentsarbeit für viele wichtig macht.*

*Jeder kann feststellen die DKP „Offene Liste“ und die Stadtzeitung „blickpunkt“, lohnen sich für die Menschen in unserer Stadt.*

*Wir freuen uns, wenn Sie das auch so sehen und unsere Arbeit unterstützen.*

## ANFRAGE

Liegt ein Bauantrag für das Jagdschloss Mönchbruch vor?

1. Hat der Eigentümer des Jagdschlusses Mönchbruch auf Grundlage seiner „Bauvoranfrage“ vom vergangenen Jahr zwischenzeitlich einen Bauantrag gestellt, um in Sachen Nutzung und Erhaltung der historischen Gebäude einen Schritt weiter zu kommen?
2. Wurde dieser Bauantrag der Stadt zur Stellungnahme vorgelegt und wie wurde er beschieden?
3. Geht der Magistrat von einem echten Bauinteresse des Eigentümers aus, oder sieht der Magistrat Anzeichen anderer Interessenlagen?
4. Wann ist damit zu rechnen, dass tatsächlich etwas zur Erhaltung dieses in unserer Stadt und im Kreis einmaligen Kulturerbes getan wird?

## ANTRAG

Teilbereich der Frankfurter Straße als Tempo-30-Zone ausweisen

„Der Magistrat wird beauftragt, schnellstmöglich die Frankfurter Straße im Stadtteil Mörfelden von der Langener Straße bis zur Hermannstraße als Tempo-30-Zone auszuweisen.“

Begründung:

Von Bürgern wurden wir darauf aufmerksam gemacht, dass es insbesondere im Bereich der Kreuzung Weingartenstraße wegen hoher Geschwindigkeiten häufig zu gefährlichen Situationen kommt. Wegen der unübersichtlichen Kurvenlage an dieser Stelle halten wir es für sinnvoll, das Tempo auf der benannten Strecke zu mindern. Für Verkehrsteilnehmer und Anwohner könnten damit häufig gegebene Gefahrsituationen vermieden werden

## Reich – richtig reich!

„Wenn ich einmal reich wär“, sang einst im Musical „Anatevka“ der Milchmann, und „ich wär so gerne Millionär“ intonierten die „Prinzen“. Vom geknackten Jackpot träumen Millionen von Lottospielern. Über 750.000 Menschen in diesem Land verfügen über ein Privatvermögen von mehr als 1 Mill. Euro und dürfen sich als Millionäre bezeichnen.

Deutschland ist ein reiches Land. Das „Manager-Magazin“ (MM) präsentierte jüngst die Superreichen. Die beiden Albrecht-Brüder führen mit einem Vermögen von jeweils mehr als 15 Mrd. Euro die Liste an. Sie zählen damit sogar zu den 15 Reichsten der Welt.

Im vorderen Feld des Rankings tauchen dann Reinhard Mohn (Bertelsmann), die Versandhausfamilie Otto, die Familie Herz (Tchibo) und die Familie Haub (Tengelmann) auf, im Mittelfeld der ersten 100 Madeleine Schickedanz mit 1,65 Mrd. Euro (Quelle-Anteilseignerin) und Familie Schlecker mit 1,15 Mrd. Euro. Verleger und Industrielle tummeln sich unter den ersten hundert Reichen. Ernst August von Hannover rangiert erst auf Platz 181 mit schlappen 400 Mill. Euro, vornehmlich Immobilienwerte.

Die Aufzählung der Reichen, die Darstellung ihres Vermögens entspringen nicht dem Neid, was man uns oft und gern unterstellt. Reich wird man hier zu Lande nicht durch Arbeit. Reichtum basiert auf der Armut von Vielen. Reichtum entsteht aber auch durch Steuerpolitik die Reiche begünstigt.

Vermögen fällt nicht vom Himmel. Und Zweifel, ob es als Lohn für Arbeit zu sehen ist, sind oft angebracht. Eine Quelle des Reichtums ist sicher das Erben, das zeigen die im Ranking des MM genannten Familien. Aber haben 1948 bei der Währungsreform nicht alle gleich angefangen? Ja, aber damals zählten nur die Spargroschen, nicht das Anlagevermögen. Und bei einigen reichen Clans wurzelt der Reichtum in guten Geschäften mit den Nazis oder geht gar auf Arierisierung jüdischen Besitzes zurück. Das Grundgesetz spricht von einer sozialen Verantwortung, der das Eigentum unterliegt. Aber Reichtum entsteht nicht zuletzt auf Basis einer wohlmeinenden Steuerpolitik, unabhängig von der Couleur der Regierung. (Die Vermögenssteuer abgeschafft; die Körperschaftsteuer von 45 auf 25% gesenkt; Abschreibungsmöglichkeiten verbessert...). Und zum Jahresbeginn beglückte die rot-grüne Bundesregierung die Reichen mit einer weiteren Steuersenkung.



Reichtum ist kein Ergebnis von Win-Win-Geschäften auf Gegenseitigkeit, sondern das Gegenteil. Einer gewinnt auf Kosten des anderen. Schaut man auf das MM-Ranking der 300 Reichsten im Lande, so fällt die Häufung der Einzelhandelsfürsten auf. Auf wessen Kosten der Reichtum entsteht, ist ziemlich eindeutig.

R. D.

## Discount Deutschland

Billiglöhne führen nicht aus der wirtschaftlichen Stagnation

„Wir können nur billig“, lautete jüngst der Werbespot eines Elektronik-Discounters. „Geiz ist geil“, das Echo. Und ähnlich gestrickte Botschaften als schlechte Plagiate ließen nicht lange auf sich warten. Deutschland im Discount-Taumel? Der Zuspruch zur Parole ist verständlich. Reallohn-Zuwächse gab es nicht. Die Renten sind wegen des Pflegeversicherungsanteils im letzten Jahr gesunken, eine weitere Nullrunde in diesem Jahr wahrscheinlich. Und mit Hartz IV hat es in diesem Jahr für Arbeitslose weitere Einschnitte gegeben.

Aber es gibt doch eine Steuerentlastung, wird argumentiert. Die Rentner, die meist gar keine Steuern zahlen, fallen da erst einmal raus. Bei den Normalverdienern ist die Steuererleichterung entsprechend gering. Anders sieht es bei den Großverdienern aus. Der Einkommensmillionär profitiert mit 30.000 Euro, und das ausnahmsweise ganz legal. Bei den kleinen Leute fraß allein die Energiepreiser-

höhung diese bescheidene Steuerermäßigung auf.

Unternehmerlager und Mehrheitsökonomien wollen auch ganz billig: bei den Löhnen. Ideen für Lohndiscount machen die Runde. Als Krönung der absurdesten Ideen forderte der Hauptgeschäftsführer des DIHK, Wandsleben, Ein-Euro-Jobs auch in der privaten Wirtschaft. Die Wirtschaft würde dann 3 bis 4 Euro an die Arbeitsagenturen zahlen. Heraus käme ein Arbeitsmarkt 4. Klasse - passend zu Hartz IV. Zu einem regelrechten Ärgernis haben sich Minijobs entwickelt. Einst waren sie als Nischentätigkeiten gedacht für wenige Beschäftigungsverhältnisse. Inzwischen sind die Minijobs auf dem Wege, Normalarbeitsverhältnisse zu werden – auch zu Lasten des Sozialversicherungssystems. Minijobs sind zu Regelarbeitsplätzen geworden. So seien im Jahr 2003 zwar 523.000 geringfügige Jobs hinzugekommen, aber 563.000 reguläre Arbeitsplätze abgebaut worden. Das errechnete der DGB. Für die Umwandlung der regulären Vollzeitjobs und Teilzeitjobs steht vor allem der Einzelhandel. Das hat der Rentenversicherung in den ersten Monaten 2004 1,66 Mrd. Euro weniger Beiträge erbracht. Und mit den Minijobs wird für die Betroffenen die Altersarmut schon vorprogrammiert.

Mit Discount-Löhnen kommt kein Aufschwung zustande. Die Lohnsteigerungen bleiben hinter der Produktivitätssteigerung zurück. Das belastet die Nachfrage und zieht das Geld aus dem Taschen. Die stagnierende Binnennachfrage ist der Wachstumshemmer, Discount-Löhne sind pures Gift – und Geiz ist eben nicht geil!

R. D.



# Stadtgeschichten



Es war wohl ein größeres Ereignis, das Fällen dieses Baumriesen an einem ungemütlichen, naßkalten Januartag des Jahres 1943, da sich die Forst-Prominenz eingefunden hatte und dies auch noch im Bild festgehalten wurde. Es ist anzunehmen, dass damals zum ersten mal eine Motorsäge zum Einsatz kam. Ein Ungetüm von Säge, die zwei Mann als Bedienung benötigte, aber trotz ihres Gewichtes für die Waldarbeiter schon eine Erleichterung war. Die Tätigkeit der Forstarbeiter – damals nannte man sie noch Holzmacher – war zu der Zeit eine sehr schwere und gefährliche körperliche Arbeit. Um eine in die Jahre gekommene Buche oder Eiche mit großem Stammdurchmesser mit Axt und Trummsäge zu fällen, brauchten zwei Mann schon einige Stunden. Auf dem Bild sehen wir von links: Konrad Glotzbach, Heinz Zimmermann (später Forstdirektor in Wiesbaden), seinen Vater Forstmeister Zimmermann, dann die beiden langjährigen Forstarbeiter Heinrich Schulmeyer und Georg Schulmeyer (neben der neuen Säge). Rechts stehend Revierförster Fink vom Treburer Forsthaus (heute Autohaus Gotta in Walldorf an der Bundesstrasse nach Frankfurt).



## Aus dem Programm:



## KuBa

24. 2. 2005, Beginn: 20 Uhr  
„Was liest Du?“  
Der Bücherabend im KuBa.

25. 2. 2005, Beginn: 20 Uhr  
**Soulkonzert mit der  
„Band Black'n Blue“**  
Eintritt: 3 Euro,  
ermäßigt 2 Euro.

10. 3. 2005  
„Rettet das Vinyl“  
Schallplattenabend. Interpreten  
mit dem Anfangsbuchstaben S.

12. 3. 2005, Beginn: 20 Uhr  
**KHAN Connection #16 „Techno“**  
Film und DJ-Set.  
Eintritt: 2 Euro

## Unser Lexikon

### Schbrisch

Do is e schee Blos  
beisamme;  
die aane dauche nix  
unn die annern  
soin nix wert.